

V2 Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte von Nachhaltigkeit schweigen!

Gremium: AK Wirtschaft & Soziales
Beschlussdatum: 05.07.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedene Anträge
Status: Modifiziert

1 Alle sind für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und mehr Zeit für Wichtiges.
2 Entsprechende Initiativen, die daran was verbessern wollen kommen jedoch an
3 scheinbar unüberwindbare Grenzen. Das liegt an einem Wirtschaftssystem, das nur
4 funktioniert, wenn es alles dem Wachstum, der Arbeit und dem Profit unterworfen
5 ist. Diese Logik steht der Realisierung einer ökologisch, ökonomisch und sozial
6 nachhaltigen Gesellschaft im Weg. Aus einer grün-linken Perspektive sollte
7 demnach kein Zweifel daran bestehen, dass die Forderung nach Nachhaltigkeit mit
8 einer Kapitalismuskritik einher gehen sollte. Der Antrag soll die Grenzen
9 systemimmanenter Bestrebungen beleuchten und die Notwendigkeit einer
10 gesellschaftlicheren Transformation aufzeigen.

Das Problem liegt beim Wirtschaftswachstum

12 Ein wesentliches Merkmal, welches das gegenwertige Wirtschaftssystem bestimmt,
13 ist der Zwang zum Wachstum. Gemeint ist nicht das Wachstum von Wohlstand oder
14 Qualität, sondern die in Geld gemessene Wirtschaftsleistung (BIP). Schon 1972
15 kommt Club of Rome zu dem Schluss, dass das Wachstum an die Grenzen kommen wird.
16 Jede Warenproduktion verbraucht Stoffe und Energie und deshalb bedeutet eine
17 steigende Wirtschaftsleistung zwangsläufig auch einen wachsenden
18 Ressourcenverbrauch. Jedoch ist unendliches Wachstum auf einem endlichen
19 Planeten nicht möglich. Die Ressourcen werden knapper. Zudem ist das Wachstum
20 auch verantwortlich für den wachsenden Ausstoß von Schadstoffen und Abfall und
21 damit auch für den Klimawandel und die Verschmutzung der Meere etc.

22 Konzepte wie „grünes Wachstum“ und „Green New Deal“ wollen die Gegensätze
23 zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum aufheben. Der Rohstoffverbrauch
24 soll vom Wachstum entkoppelt werden. Ein umweltverträgliches nachhaltiges
25 Wachstum soll mithilfe von Umwelttechnologie verwirklicht werden. Ein Prinzip
26 dafür ist die Steigerung der Energie- und Rohstoffeffizienz. Der gleiche Output
27 an Gütern soll mit immer weniger Input an Energie und Rohstoffen erfolgen. Es
28 ist jedoch fraglich, ob die Einsparungseffekte was nutzen, wenn die

29 Gesamtproduktion weiter steigt. Die Ressourceneinsparungen in der Autoproduktion
30 z.B. bringen wenig, wenn immer mehr Autos produziert werden. Hinzu kommt noch
31 der „Rebound-Effekt“. Er drückt aus, dass durch eine erhöhte Effizienz auch mehr
32 verbraucht wird. Wenn Unternehmer*innen durch Ressourcenverbrauch Geld sparen,
33 dann werden Investitionsmittel frei. Diese werden entweder dazu genutzt um die
34 Produktion auszudehnen, was den positiven Umwelteffekt deutlich reduziert, oder
35 es wird in einem anderen Produktionsbereich mit niedriger Ressourceneffizienz
36 investiert, was die Umwelt noch mehr belastet. Ein weiteres Prinzip, auf das
37 sich die Vertreter*innen stützen, ist die Substitution. Dabei geht es in der
38 Regel darum, Energieträger durch solche zu ersetzen, die eine geringere
39 Umweltbelastung, höhere Effizienz und niedrigere Kosten, haben. Allerdings ist
40 diese Strategie zu kurz gegriffen. Sie reduziert zwar Umweltbelastungen,
41 allerdings stößt sie an ihre Grenzen, da erneuerbare Energieträger
42 unerschöpflich, aber nicht unbegrenzt verfügbar sind. Der heutige Verbrauch an
43 fossilen Energieträgern ist so groß und steigend, dass er nur zum Teil durch
44 erneuerbare Energien ersetzt werden kann. Außerdem bleibt dabei auch noch das
45 Problem einer schwierigeren Energiespeicherung.

46 Ein weiterer Ansatz ist Internalisierung externer Kosten, wie die Ökosteuer. Der
47 Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen soll besteuert werden, sodass
48 ökonomische Anreize für umweltschonende Aktivitäten gesetzt werden. Jedoch führt
49 dies zu einem unlöslichen Dilemma. Entweder ist es ökologisch erfolgreich und ein
50 Finanzierungsproblem, oder umgekehrt. Wenn der Rohstoffverbrauch sinkt, dann
51 sinken auch die Steuereinnahmen. Wenn es Steuereinnahmen gibt, dann hat sich für
52 die Umwelt nichts verbessert. Zudem besteht die Gefahr, dass energieintensive
53 Branchen abwandern, was zu Arbeitsplatzverluste und damit zu verschärften
54 Krisentendenzen führt. Außerdem trifft die Ökosteuer vor allem
55 einkommensschwache Haushalte.

56 Es ist absurd, dass das Wachstumsparadigma als Lösung statt als Ursache für
57 soziale und ökologische Probleme betrachtet wird. Es wird versucht mit denselben
58 Methoden die zerstörerischen Folgen des Kapitalismus zu beseitigen, mit denen
59 sie erst hervorgebracht wurden. Das oberste Ziel ist weiterhin die
60 Wettbewerbsfähigkeit sicher zu stellen. Der darin eingebaute Zwang zur
61 Konkurrenz um die beste Kapitalverwertung bei gleichzeitig unendlichem Wachstum
62 wird nicht hinterfragt. Ökologisch wäre es stattdessen die Produktion in einigen
63 Bereichen einzustellen (Verpackung, Automobilindustrie etc.). Solange das
64 Verbrauchsniveau nicht gesenkt wird, werden alle Bemühungen scheitern.

65 **Kapitalismus kann nicht ohne Wachstum**

66 Wenn man Wachstum als Problem erkennt, dann kommt man vielleicht zu der
67 Schlussfolgerung, dass das Wachstum einfach gestoppt werden sollte.
68 Vertreter*innen der Postwachstumsbewegung, wie Niko Paech, wollen einen
69 Kapitalismus ohne Wachstum. Es soll eine Regionalwährung geben damit auf lokaler

70 Ebene gehandelt wird. Dazu soll der Zins als vermeintlicher Treiber des
71 Wachstums abgeschafft werden (Dies widerspricht allerdings der Empirie, in der
72 niedrige Zinsen die Wirtschaft stattdessen ankurbeln). Gern wird an das
73 Individuum appelliert, das weniger konsumieren soll. Das wäre dann kein
74 Verzicht, sondern Befreiung vom Überfluss. Wenn genug Konsument*innen streiken,
75 dann würde die Wirtschaft aufhören zu wachsen.

76 Allerdings lässt sich nicht einfach so auf das Wachstum verzichten. Die
77 Alternative zum Wachstum ist nicht Stabilität, sondern Niedergang. Eine
78 stagnierende Wirtschaftsleistung oder die bloße Erwartung einer Stagnationsphase
79 führt zu einem Rückgang von Neuinvestition. Investiert wird nur wenn Gewinne zu
80 erwarten sind. Ohne Investitionen bricht jedoch die Wirtschaft zusammen. Es gibt
81 dann weniger Aufträge, sodass Firmen gezwungen sind Mitarbeiter*innen zu
82 entlassen. Mehr Arbeitslosigkeit führt zu weniger Konsumausgaben. Die Nachfrage
83 bricht ein, Firmen gehen pleite, mehr Mitarbeiter*innen werden entlassen. Es
84 verläuft in eine Abwärtsspirale.

85 Um den Wachstumszwang zu überwinden, muss das Problem an der Wurzel angepackt
86 werden und zwar an der kapitalistischen Produktionsweise. Die Triebkraft des
87 Kapitalismus ist dabei die Kapitalvermehrung. Ziel der Produktion ist es aus
88 Geld mehr Geld zu machen. Um im Konkurrenzkampf zu überleben muss der Profit
89 maximiert und endlos akkumuliert werden. Dabei ist es egal was der Inhalt und
90 die Konsequenzen der Produktion ist. In diesem Prozess ist das Wachstum angelegt
91 und auch die damit einhergehende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.
92 Diese Dynamik hat sich dabei gegenüber dem Menschen verselbstständigt und die
93 abstrakte Herrschaft des Kapitals tritt als Sachzwang auf, was systemimmanente
94 Bestrebungen erschwert.

95 **Perspektive einer gesellschaftlichen Transformation**

96 Aus dem Anspruch von Nachhaltigkeit und der dargelegten Analyse folgt die
97 Notwendigkeit die gegenwertige Form des Wirtschaftens zu überwinden. Die
98 bestehenden Verhältnisse sind nicht naturgegeben und sollten hin zu einer
99 befreiten Gesellschaft transformiert werden. Einer Gesellschaft jenseits von
100 Markt und Staat, bei der Güter und Ressourcen gemeinschaftlich organisiert und
101 genutzt werden. In der Kooperation im Vordergrund steht, statt Konkurrenz. In
102 denen Menschen beitragen, statt tauschen und frei tätig sind, statt Lohnarbeit
103 nachzugehen. Bei der die Produktion nicht durch den Markt vermittelt ist,
104 sondern aus einer Selbstorganisation heraus, in der darüber frei entschieden
105 wird was, wie und wo hergestellt wird. Erst dann lässt sich eine nachhaltige
106 Gesellschaft verwirklichen.